

## Stadt Bergisch Gladbach Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich <b>5 – Jugend und Soziales</b>	Datum 15.03.2004	
	Schriftführerin Sabine Biesenbach	Telefon-Nr. <b>02202/142876</b>
		e-mail: s.biesenbach@stadt-gl.de
<b>Niederschrift</b>		
<b>Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- u. Sozialausschuss)</b>	<b>Sitzung am Donnerstag, 11. März 2004</b>	
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer  17:08 Uhr – 19:52 Uhr	
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis		
<b>Tagesordnung</b>		

### Bereich Jugend

#### A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift vom 11.02.2004 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 11.02.2004 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-  
110/2004**
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
- 6. Präsentation Jugendzeltplatz  
85/2004**

7. **Elternbeiträge nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) -  
Verfahren zur Höchstbeitragsfestsetzung**  
*106/2004*
8. **Förderung der Schülertreffs - Überarbeitung der bestehenden Regelungen**  
*52/2004*
9. **Finanzierung der Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit 2005**  
*82/2004*
10. **Kinderhaus**  
*67/2004*
11. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

**B Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**
3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**

## **Bereich Soziales**

**A Öffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 11.02.2004 im  
Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**  
*111/2004*
3. **Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
5. **Erfahrungsbericht über die Arbeit der gemeinsamen Anlaufstelle mit der Agen-  
tur für Arbeit**  
*115/2004*
6. **Jahresbericht zur Unterbringungssituation in städt. Unterkünften**

88/2004

7. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

**B Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**

2. **Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**

3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**

4. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**

## Protokollierung

### Bereich Jugend

#### A Öffentlicher Teil

Die Verwaltung legt auf den Plätzen der Ausschussmitglieder aus:

- den Bericht aus der Sitzung des Ausländerbeirats vom 03.02.2004 (in Form der Mitteilungsvorlage für den Hauptausschuss als zuständigem Fachausschuss)
- die Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion vom 01.03.2004 zur Situation der städtischen Unterkünfte *Hoppersheider Busch*
- die korrigierten Seiten 13/14 zur vorliegenden Beschlussvorlage mit der Drucksachen-Nr. 106/2004
- Die Broschüre *Ferienfahrten 2004 – Urlaubstipps für Kinder und Jugendliche*, die von den Stadtjugendämtern des Rheinisch-Bergischen Kreises und dem Kreisjugendamt herausgegeben wurde. Die Broschüre liegt in den Stadthäusern und den Bürgerbüros öffentlich aus.

#### 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit

@-> Frau Bendig eröffnet die 26. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in der 6. Ratsperiode um 17:08 Uhr. Sie begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass sich die fehlenden Ausschussmitglieder entschuldigt haben. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Frau Bendig begrüßt die vielen anwesenden Jugendlichen und weist darauf hin, dass sie angekündigt haben, im Zusammenhang mit der Thematik *Offene Jugendarbeit* eine Unterschriftenliste übergeben zu wollen. Im Interesse der Besucherinnen und Besucher schlägt sie vor, Tagesordnungspunkt 9 vor Tagesordnungspunkt 6 zu beraten. Die Änderung der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

#### 2 <-@ Genehmigung der Niederschrift vom 11.02.2004 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

@-> Herr Hastrich weist darauf hin, dass im Bereich Jugend –öffentlicher Teil – in der Protokollierung des Abstimmungsergebnisses zu Tagesordnungspunkt A 6-J ein Fehler enthalten ist. Er bittet die Worte „einstimmig ohne Enthaltung“ zu streichen.

Im Übrigen wird die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 11.02.2004 in der vorgelegten Fassung genehmigt.

<-@

**3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 11.02.2004 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

@-> Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@

**4 Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

@-> Die Vorsitzende weist auf die verteilte Broschüre *Ferienfahrten 2004 – Urlaubstipps für Kinder und Jugendliche* hin und bedankt sich für die Neuauflage.

Frau Ibe weist auf den Aktionstag *Stoppt Gewalt gegen Kinder* hin und verteilt Informationsbroschüren.

<-@

**5 Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

@-> Herr Hastrich berichtet, dass die Stadt Bergisch Gladbach aufgefordert wurde, Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen zu benennen. Nach einem entsprechenden Aufruf in der Presse ist auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger ein großes Interesse an dieser ehrenamtlichen Tätigkeit festzustellen. Er erinnert die Fraktionen und freien Träger an den Ablauf der Meldefrist am 31.03.2004, um ihrerseits geeignete Personen vorzuschlagen.

Auf Nachfrage von Herrn Schnöring bezüglich der Einführung der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder nach dem Bergisch Gladbacher Modell berichtet Herr Kotulla, dass dem Votum der beteiligten Ausschüsse entsprechend, derzeit laufend Gespräche mit Schulleitungen und freien Trägern geführt werden. Die Ergebnisse der Beratungen sollen für die Ratssitzung am 25.03.2004 zusammengefasst werden.

<-@

**9 Finanzierung der Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit 2005**

@-> Jugendliche übergeben zu Beginn der Beratungen eine Liste mit 1.019 Unterschriften mit dem Titel „Unterschriftenaktion der Kinder und Jugendlichen des Kinder- und Jugendtreff Bergisch Gladbach“. Frau Bendig dankt den Jugendlichen für ihr Votum und lädt sie ein, der nun anschließenden Diskussion als Zuhörerinnen und Zuhörer zu folgen. Die Unterschriftenliste ist dem Original dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Herr Kotulla führt aus, dass die Gremien sich mit dem Thema *Offene Kinder- und Jugendarbeit* befassen, seit im Herbst 2002 absehbar wurde, dass auch in Bergisch Gladbach ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen sein würde. Der Konsolidierungsbeitrag des Bereichs *Offene Kinder- und Jugendarbeit* wird seither mit rd. 250.000 € veranschlagt. Die finanzielle Situation bei den freien Trägern wurde durch die Kürzungen von Mitteln im Landeshaushalt 2004/2005 weiter verschärft. Unter Berücksichtigung dieser schwierigen Rahmenbedingungen hat die Verwaltung ein

Konzept vorgeschlagen, das unter Reduzierung von Standards den Bestand aller Bergisch Gladbacher Jugendeinrichtungen gewährleisten würde.

Seit der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 11.02.2004 wurden weitere Gespräche zwischen Verwaltung und freien Trägern geführt, deren Ergebnisse in den zur Sitzung vorgeschlagenen Richtlinien ihren Niederschlag finden.

Weiterer Gesprächsbedarf besteht mit der Ev. Kirchengemeinde als Trägerin des Jugend-Kulturzentrums *QI*, die seinerzeit in die Verträge des AKSM eingetreten ist. Die Auswirkungen der übernommenen Verträge sind in rechtlicher Hinsicht zu prüfen. Das nächste diesbezügliche Gespräch ist für den 17.03.2004 anberaumt. Je nach Gesprächsverlauf kündigt Herr Kotulla bezüglich des *QI* eine Beschlussvorlage zur Regelung dieses Einzelfalles an.

Herr Hölzl, Vorsitzender der *AG 78*, nimmt ab 17:16 Uhr als Gast an der Sitzung teil.

Herr Hoffstadt erkundigt sich danach, ob die Einzelfallregelung für das *QI* negative Auswirkungen auf die finanzielle Ausstattung der übrigen Einrichtungen haben kann.

Herr Kotulla sagt zu, dass die in der Trägerkonferenz getroffenen Vereinbarungen Bestand haben werden und Verhandlungen mit der Ev. Kirchengemeinde nicht zu Lasten anderer Einrichtungen gehen werden.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kündigt Herr Schnöring an, den Beschlussvorschlag abzulehnen, weil Personalreduzierungen in dem Maße, wie sie für die Einrichtungen in Paffrath und Schildgen vorgesehen sind, nicht mit getragen werden können. Dann sei es besser, Einrichtungen ganz zu schließen. Zudem bittet er zu bestätigen, dass das Einsparvolumen im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit „nur“ noch 150.000 € betragen würde, falls dem Antrag der Fraktion KIDinitiative, 100.000 € zusätzlich für diesen Zweck im Haushalt 2004 bereit zu stellen, im Rahmen der Haushaltsberatungen entsprochen wird.

Herr Kotulla antwortet, dass hierzu die Voten des Finanz- und Liegenschaftsausschusses und des Rates über die Gestaltung des Haushalts 2004 abzuwarten sind. Die Fraktion KIDinitiative habe zugesagt, einen Deckungsvorschlag zu unterbreiten. Dieser ist bislang noch nicht bekannt.

Herr Hastrich korrigiert die Aussagen von Herr Schnöring dahingehend, dass mittlerweile von einem Einsparvolumen von 350.000 € auszugehen ist, so dass selbst unter Berücksichtigung des Antrags der Fraktion KIDinitiative eine Einsparung in Höhe von 250.000 € erzielt werden muss. Er führt aus, dass die vorgeschlagenen Richtlinien keinen Bezug auf eine tatsächlich verfügbare Verteilungsmasse nehmen. Sollte es zur zusätzlichen Bereitstellung von Mitteln kommen, ergäbe sich aus der Systematik der Richtlinie die Möglichkeit, zwei zusätzliche Stellen fördern zu können.

Frau Alef bestätigt, dass der Deckungsvorschlag formuliert wird und führt aus, dass die Fraktion KIDinitiative als Kinder- und Jugendpartei ihren besonderen Schwerpunkt auf die Förderung von Kindern und Jugendlichen setzt. Weniger wichtig sei ihrer Fraktion zum Beispiel die Pflasterung der Fußgängerzone oder aufwändiger Straßenausbau. Sie kündigt an, dass auch die Fraktion KIDinitiative dem Beschlussvorschlag

nicht zustimmen wird.

Für die CDU-Fraktion stellt Frau Wöber-Servaes Zustimmung in Aussicht. Sie erinnert daran, dass sich die Stadt im Haushaltssicherungskonzept befindet und kaum finanzielle Spielräume hat. Auch die CDU-Fraktion wäre froh, wenn die Einsparungen im Kinder- und Jugendbereich weniger drastisch ausfallen könnten.

Herr Köchling bezweifelt, dass weitere Mittel für den Kinder- und Jugendbereich zur Verfügung gestellt werden. Er stellt fest, dass das vorgelegte Konzept vorhandene Strukturen im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit schwächt und Angebote für Kinder und Jugendliche in den Einrichtungen reduziert werden. Die Aufgabe des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) sieht er darin, das Konzept in fachlicher Hinsicht zu bewerten. Das vorgelegte Konzept sei jedoch weder tragfähig noch verlässlich.

Herr Hastrich entgegnet, dass es in der Trägerkonferenz gelungen ist, die noch zur Verfügung stehenden Ressourcen einvernehmlich zu verteilen ohne dass Einrichtungen geschlossen werden müssen. Alle Träger erhalten hinsichtlich der Gewährung städtischer Mittel Planungssicherheit für die Jahre 2004 und 2005.

Herr Kotulla erinnert daran, dass der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) die Verwaltung am 25.09.2002 beauftragt hat, eine Zielvereinbarung zur Neuausrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu erarbeiten, die in der Sitzung am 21.11.2002 einstimmig beschlossen wurde. Ebenfalls wurden im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts ein Einsparvolumen in Höhe von 250.000 €, die sozialräumliche Neuausrichtung, die Beibehaltung aller Standorte, Nutzung von Personalfuktuation, die Kooperation mit freien Trägern sowie Rahmenbedingungen für die Vergabe verminderter Fördermittel beschlossen. Diese Bedingungen hatte die Verwaltung bei der Erarbeitung der Richtlinien zu beachten. Herr Kotulla geht auf die im Zusammenhang mit *Hartz IV* zu erwartenden Auswirkungen für die Kommunen ein und erwartet Belastungen, die den Haushaltsfehlbedarf weiter vergrößern werden, so dass dann auch die Stadt Bergisch Gladbach kein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept mehr aufstellen kann.

Aus der Sicht der Träger äußern sich Herr Braun-Paffhausen, Herr Kikol und Herr Dr. Molitor. Sie bestätigen, dass in der Trägerkonferenz seit zwei Jahren um einen Konsens gerungen wurde, der letztlich auch zustande kam. Es besteht Einigkeit darüber, alle Einrichtungen im Sinne eines wohnortnahen Angebots an Kinder und Jugendliche erhalten zu wollen. Selbst mit einer  $\frac{3}{4}$  Personalstelle sei pädagogisch sinnvolle Arbeit zu leisten. Aus fachlicher Sicht vermag das vorliegende Konzept nicht zu begeistern. Dennoch bietet es für die Träger Planungssicherheit für die nächsten beiden Jahre und eröffnet die Chance, in dieser Zeit bessere Lösungen zu finden.

Herr Hölzl, der als Vorsitzender der AG 78 als Gast an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) teilnimmt, bittet darum einen Redebeitrag leisten zu dürfen. Nachdem die Ausschussmitglieder hiergegen keine Einwendungen erheben, erteilt die Vorsitzende ihm das Wort.

Herr Hölzl lobt, dass die Trägerkonferenz diese Minimallösung gefunden hat. Aus jugendpolitischer und fachlicher Sicht sei das Ergebnis natürlich unbefriedigend. Es birgt hohe Risiken für die freien Träger und kann eine qualifizierte Arbeit in den Einrichtungen nicht garantieren, so dass nach seiner Ansicht selbst Mindeststandards in

Gefahr sind. Die Jugendlichen erhalten nicht die Unterstützung, derer sie in ihrer Entwicklung bedürfen. Er appelliert an alle Beteiligten, das Konzept nur als Notlösung zu betrachten.

Frau Bendig beschreibt, dass die politisch Verantwortlichen, die gern als entscheidungsscheu hingestellt werden, nur die Wahl hatten, eine oder mehrere Einrichtungen ganz zu schließen oder zu versuchen, die gute Einrichtungsstruktur und damit das wohnortnahe Angebot für Kinder und Jugendliche zu erhalten, solange es die finanziellen Spielräume zulassen. Um Kindern und Jugendlichen ihre vertraute Einrichtung zu erhalten, sei der zweiten Alternative der Vorzug gegeben worden.

Herr Dr. Kassner dankt den Trägern dafür, dass sie versuchen, mit der sich verschlechternden finanziellen Ausstattung das Bestmögliche zu gestalten. Er wirft ein, dass die Volksinitiative 2003 „Zukunft sichern - ein Kinder- und Jugendförderungsgesetz für alle jungen Menschen in NRW“ dazu führt, dass sich der Landtag mit dem in der Volksinitiative genannten Anliegen im Rahmen einer Anhörung noch einmal befassen muss. Er beklagt, dass das von SPD und Bündnis 90/Die Grünen regierte Land Mittel für die Jugendarbeit kürzt, sich dann die SPD-Stadtratsfraktion pressewirksam über die unzureichende Bereitstellung von Mitteln für die Offene Kinder- und Jugendarbeit im städtischen Haushalt beschwert und dies der CDU-Mehrheitsfraktion anlastet.

Herr Pfarrer Werner befürchtet, dass es trotz des in der Trägerkonferenz gefundenen Kompromisses und auch wenn die Richtlinien beschlossen werden, dazu kommen wird, dass einzelne freie Träger im Laufe der Zeit ihr Angebot nicht mehr aufrecht erhalten können und gegenüber dem Jugendamt die Aufgabe ihres Betreuungsangebots erklären müssen.

Herr Hoffstadt stellt klar, dass die freien Träger Betroffene im Verfahren sind; die politische Grundsatzentscheidung jedoch von der Mehrheitsfraktion zu treffen und zu verantworten sei. Er appelliert an die CDU-Fraktion Kinder- und Jugendpolitik zu gestalten und ein tragfähiges Konzept zu beschließen.

In diesem Zusammenhang wirft Frau Schöttler-Fuchs der CDU-Fraktion vor, nicht aus Gründen der Fachlichkeit, sondern aus Gründen der Sparsamkeit bei der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wie auch im Kindertagesstättenbereich auf die Kooperation mit freien Trägern gesetzt statt städtische Einrichtungen geschaffen zu haben.

Diesen Beitrag weist Frau Bendig als perfide Unterstellung zurück.

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Kikol führt Herr Hastrich aus, dass bei Veränderungen des Haushaltsansatzes für die Offene Kinder- und Jugendarbeit die Trägerkonferenz darüber beschließen soll, wie zusätzliche finanzielle Mittel im Rahmen der Förderrichtlinien eingesetzt werden sollen.

Herr Kotulla stellt abschließend klar, dass sich Kürzungen im Landesjugendplan auf die kommunalen Haushalte und die Fördersituation der freien Träger vor Ort auswirken. Sofern andere als die im Entwurf vorgesehenen Prioritäten im Haushalt gewünscht sind, appelliert er an die Fraktionen, Änderungsanträge und Deckungsvorschläge einzubringen. Herr Kotulla trägt vor, dass die SPD sich in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 02.12.2003 dafür aus-

gesprochen hat, von dem flächendeckenden Angebot der Offenen Kinder- und Jugendarbeit Abschied zu nehmen. Er fordert die SPD-Fraktion auf, dann auch Einrichtungen zu benennen, die ihrer Ansicht nach geschlossen werden sollen.

Er appelliert an die Ausschussmitglieder, dem zur Abstimmung anstehenden Beschlussvorschlag der Verwaltung zuzustimmen und den freien Trägern Planungssicherheit zu verschaffen – wohl wissend, dass es sich bei dem gefundenen Kompromiss um eine Minimallösung handelt.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst mit 9 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung folgende

### **Beschlussempfehlung:**

<-@

@-> Die Neufassung der Regelungen zur Betriebskostenfinanzierung der „Richtlinien zur Förderung der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit“ wird beschlossen.

<-@

### **6 Präsentation Jugendzeltplatz**

@-> Frau **Anna Halkola-Yilmaz**, die im letzten Jahr Teilnehmerin des Maßnahmenprojektes der Sozialhilfe zur Erhaltung des Jugendzeltplatzes war, präsentiert die Fortschritte der Sanierung des Waschhauses und damit die Leistungen der Gruppe. Gezeigt werden Bilder, die einen Eindruck von der Örtlichkeit vor, während und nach Abschluss der Renovierungsarbeiten vermitteln. Frau Halkola-Yilmaz erläutert, welche Arbeiten von den Jugendlichen erbracht wurden.

Frau Bendig dankt ihr unter dem Beifall der Ausschussmitglieder für die eindrucksvolle Präsentation und drückt ihre Freude über das ansehnliche Ergebnis aus.

<-@

### **7 Elternbeiträge nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) - Verfahren zur Höchstbeitragsfestsetzung**

@-> Zunächst bittet Herr Hastrich in den Sitzungsunterlagen die Seiten 13/14 auszutauschen, da ein Seitenumbruch nicht korrekt nachgearbeitet wurde.

Zusammenfassend stellt Herr Hastrich dar, dass die Verwaltung keine rechtliche Möglichkeit sieht, eine in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 10.12.2003 angeregte Satzung über das Verfahren zur Höchstbeitragsfestsetzung zu erlassen. Stattdessen hat die Verwaltung organisatorische Maßnahmen getroffen, nach denen das Instrument der disziplinierenden Höchstfestsetzung künftig stärker eingesetzt werden soll, um der Stadt zustehende Einnahmen künftig möglichst zeitnah zu realisieren.

Herr Kotulla ergänzt, dass die Verwaltung die bestehenden Rückstände im Bereich der Elternbeiträge zunächst erfasst hat und nun sehr systematisch und engagiert daran arbeitet, sie schnellstmöglich aufzuarbeiten. Zu den Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses am 24.03.2004 und 09.06.2004 kündigt er die von der Verwaltung zugesagten Detailinformationen über die jeweils aktuelle Situation des Produkts *Elternbeiträge* an. Auch dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) sagt er zeitnahe Informationen zu. Er berichtet, dass die Mitarbeiterinnen und der

Mitarbeiter des Produkts *Elternbeiträge* motiviert arbeiten und sich die Arbeitsergebnisse an der Bewirtschaftung der Einnahmehaushaltsstelle ablesen lassen.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

<-@

- @-> **Das vorgeschlagene Verfahren bezüglich der Festsetzung der Elternbeiträge nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder NW (GTK) wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**

<-@

**8 Förderung der Schülertreffs - Überarbeitung der bestehenden Regelungen**

- @-> Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

**10 Kinderhaus**

- @-> Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Neubaumaßnahme kündigt Herr Dr. Kassner einen Antrag der CDU-Fraktion im Finanz- und Liegenschaftsausschuss an, im Wirtschaftsplan des Fachbereichs 8 – *Grundstückswirtschaft, Wirtschaftsförderung* einen Sperrvermerk anzubringen.

Auf Nachfrage von Herrn Kikol und Herrn Schnöring erläutert Herr Dr. Kassner, die Maßnahme hierdurch unter den Vorbehalt der Finanzierbarkeit stellen zu wollen. Sowohl der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) als auch der Finanz- und Liegenschaftsausschuss sollen sich vor Beginn der Maßnahme und in Kenntnis der konkreten finanziellen Situation noch einmal mit der Angelegenheit befassen.

Herr Köchling fragt nach, für welche Zielgruppe die Betreuung im Kinderhaus als geeignete Hilfeform angesehen wird.

Herr Hastrich führt aus, dass es in der Stadt Bergisch Gladbach bereits Kinderhäuser gibt, in denen Kinder im Rahmen der Hilfe zur Erziehung betreut werden. Die Verwaltung sieht über das bestehende Angebot hinaus seit Jahren Bedarf an weiteren Plätzen. Dieses Angebot ist für bestimmte Kinder eine geeignete – und auch kostengünstige – Hilfeform zwischen der Hilfe zur Erziehung in Vollzeitpflege in einer Pflegefamilie und der Hilfe zur Erziehung durch Unterbringung eines Kindes in einer stationären Einrichtung.

Hierbei wird dem beabsichtigten Neubau auf einem städtischen Grundstück unter Einbeziehung von Stiftungsmitteln der Vorzug gegeben, weil eine der Stadt zur Anmietung angebotene Immobilie durch hohe Umbaukosten höhere Folgekosten verursachen würde. Derzeit nur theoretisch eröffneten sich der Stadt als Eigentümerin zudem Steuermöglichkeiten hinsichtlich anderweitiger Nutzungen, sofern die Belegung als Kinderhaus wieder aufgegeben würde.

Herr Braun-Paffhausen verlässt die Sitzung um 18:34 Uhr.

Frau Wöber-Servaes teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion die Errichtung des Gebäudes durch die RBS (Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft) gut vorstellen könnte. Zudem würde dem Stiftungszweck der Stiftung Scheurer Rechnung getragen, wenn deren Vermögen für diesen Zweck eingesetzt würde.

Herr Hoffstadt bittet die Verwaltung, die Anzahl der im Rahmen der Hilfe zur Erziehung untergebrachten Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen mitzuteilen.

Herr Hastrich sagt zu, die Fallzahlen im Rahmen der Niederschrift zu liefern. Sie sind dieser Niederschrift in tabellarischer Form als Anlage 2 beigelegt.

Weiterhin stellt Herr Hastrich eine Mitteilungsvorlage für eine der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in Aussicht, in der der Einsatz der verschiedenen Hilfen zur Erziehung näher erläutert wird und auch die Zielgruppen, für die die jeweiligen Hilfen in Betracht kommen, beschrieben werden.

Herrn Kikol interessieren in diesem Zusammenhang auch aktuelle Belegungszahlen der Kinderhäuser im Stadtgebiet von Bergisch Gladbach und Aussagen über künftig zur Verfügung stehende Kapazitäten, um den Bedarf für ein neues Kinderhaus erkennen zu können.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig bei zwei Enthaltungen folgende

**Beschlussempfehlung:**

<-@

@->

**Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Schritte zum Bau eines Kinderhauses auf dem Pannenberg in Bergisch Gladbach-Paffrath einzuleiten. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb des dargestellten Kostenrahmens eine möglichst günstige Lösung zu finden. Vorrangig ist die Erstellung des Gebäudes durch die RBS (Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft) zu prüfen.**

**Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) bittet den Finanz- und Liegenschaftsausschuss, das geeignete Grundstück am Pannenberg zur Verfügung zu stellen und die erforderlichen Mittel für den Bau in den Wirtschaftsplan einzustellen.**

**Die für den Bau des Kinderhauses notwendige Finanzierung soll zum Teil durch den Einsatz von Mitteln aus der Stiftung Scheurer aufgebracht werden. Die darüber hinaus notwendigen Geldmittel werden durch die Tagessätze des Kinderhauses refinanziert werden.**

<-@

11

**Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

@->

**11.1. Mobile Offene Jugendarbeit**

Frau Lehnert bittet um Auskunft, wie sich die Stellenvakanzen bei der Mobilien Offenen Jugendarbeit auf deren Weiterarbeit auswirken.

Herr Hastrich bestätigt, dass derzeit eine Vakanz aufgrund des Stellenwechsels eines Mitarbeiters besteht. Mit dem Träger wurde vereinbart, im Zusammenhang mit der Diskussion um die Richtlinien darauf zu verzichten, die vakante Stelle bis etwa zur Jahresmitte wieder zu besetzen. Danach ist, entsprechend der Vereinbarung in der Trägerkonferenz, beabsichtigt, den Personalbestand wieder bis zur vollen Soll-Stärke (1 ½ Mitarbeiter) aufzustocken.

#### **11.2. Kriterien zur Trägersauswahl im Rahmen der Hilfe zur Erziehung**

Frau Lehnert bittet um schriftliche Antwort auf die Anfrage, nach welchen Kriterien die Trägersauswahl im Rahmen der Gewährung von Hilfen zur Erziehung erfolgt.

Das Antwortschreiben an Frau Lehnert ist dieser Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

#### **11.3. Jugendarbeitslosigkeit in Bergisch Gladbach**

Herr Schnöring bittet, in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) die Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit für die Stadt Bergisch Gladbach in einer Vorlage darzustellen. Die Vorlage soll sowohl Zahlenmaterial enthalten als auch die Hilfsangebote für die Betroffenen darstellen.

Herr Hoffstadt bittet in der Vorlage die Wirkung der vor ca. vier Jahren durch den Rheinisch-Bergischen Kreis in Aussicht gestellten Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit mit aufzuführen. Er erinnert daran, dass seinerzeit eine Initiative der SPD-Fraktion, ein eigenes Instrument zum Umgang mit Jugendarbeitslosigkeit zu schaffen, keine Mehrheit fand. Als Begründung sei seinerzeit angeführt worden, der Kreis würde sich um die Thematik kümmern.

Dieser Niederschrift ist als Anlage 4 zur Vorabinformation statistisches Material der Arbeitsamtes Bergisch Gladbach beigelegt, das sich auf die Arbeitslosensituation in Bergisch Gladbach bezieht.

Frau Alef verlässt die Sitzung um 18:50 Uhr.

#### **11.4. Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder nach dem Bergisch Gladbacher Modell**

Herr Kikol fragt nach, ob die Schulkonferenz der Grundschule Hebborn der Einführung der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder nach dem Bergisch Gladbacher Modell bereits zugestimmt hat.

Herr Hastrich teilt mit, dass am Nachmittag ein Gespräch mit der Schulleitung, der Ev. Kirchengemeinde als potentiellm Träger, Herrn Dr. Speer und ihm stattgefunden hat. In der kommenden Woche wird sich die Lehrerkonferenz mit Vertretern der Schulpflegschaft, dem potentiellen Träger und der Verwaltung treffen. Die Schulkonferenz wird sich Ende März mit der Thematik beschäfti-

gen. Er bestätigt, dass der Erlass einen Beschluss der Schulkonferenz vorsieht, um das Ganztagsangebot zu beantragen. Der Antrag wiederum kann bis zum 30.04.2004 gestellt werden.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Jugend um 18:52 Uhr.

<-@